

DRINGLICHES POSTULAT

Urheber CVPO, durch Urs Juon und Aron Pfammatter, und CSPO, durch Stefan Lorenz (Suppl.)
Gegenstand Moratorium bei der Schliessung von Poststellen im Kanton Wallis
Datum 10.09.2019
Nummer 3.0488

Aktualität des Ereignisses

Für die kommenden Monate sind im gesamten Kanton Wallis weitere Schliessungen von Poststellen angekündigt oder geplant.

Unvorhersehbarkeit

Die betroffenen Regionen und Gemeinden haben in den letzten Monaten viel Energie in ihren Kampf gegen die Schliessungen der Poststellen gesteckt und den sogenannten Dialog mit der Post-Netzentwicklung geführt. Die bereits erfolgten oder anstehenden Schliessungs-Entscheide zeigen, dass der Post die Interessen der Regionen und Gemeinden gleichgültig sind. Sie setzt sich einfach darüber hinweg. Die Dialog-Verfahren sind eine Farce, die Entscheide stehen vorgängig fest.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Der Staatsrat muss sich vor die von Poststellen-Schliessungen betroffenen Regionen und Gemeinden stellen und den Service Public entschiedener verteidigen.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat im Juni 2019 einen parlamentarischen Vorstoss mit dem Titel «Moratorium bei der Schliessung von Poststellen im Kanton Wallis» entgegen der Empfehlung seines Regierungsrates angenommen.

In verschiedenen weiteren Kantonen laufen Anstrengungen zum Erhalt des Service Public in den Randregionen und zum Stoppen des rücksichtslosen Vorgehens der Post. Denn mittlerweile betrifft der Abbau nicht mehr nur die Poststellen in den kleinen Dörfern, sondern die wichtigen regionalen Post-Dienstleistungszentren. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Post kein Konzept findet, um diese Zentren langfristig attraktiv für die Kundschaft zu gestalten und so auch die Bindung der Bevölkerung zur Post als Institution aufrecht zu erhalten und zu stärken.

Auch das Wallis hat im Februar 2017 eine Standesinitiative eingereicht. Der Kanton Jura hat den Wortlaut der Walliser Standesinitiative übernommen und ergänzt. Seine Standesinitiative wurde im Mai 2018 vom Ständerat angenommen, im Oktober 2018 fand sie ebenfalls in der eidg. Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats eine Mehrheit.

Die Post hat seit der Annahme dieser Standesinitiative auf eine Stellungnahme verzichtet und führt ihre Poststellenschliessungspolitik unbeirrt weiter.

Schlussfolgerung

Der Staatsrat wird beauftragt, abgestimmt unter den Kantonen mit Nachdruck beim Bund zu intervenieren, damit dieser die Post bei der Schliessung von Poststellen im Kanton Wallis zu einem Moratorium zwingt, solange unter anderem die 2018 von der Bundesversammlung überwiesene jurassische Standesinitiative nicht umgesetzt ist und die weiteren laufenden Standesinitiativen nicht behandelt sind.